



Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003)

Einzelplan 03 - Innenministerium

- Drucksachen 13/2800, 13/3150 und 13/3250 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

Ausschusses für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform

Berichterstatter Abg. Klaus Stallmann CDU

Beschlussempfehlung

Der Einzelplan 03 - Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform - wird mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen angenommen.

Bericht

A Allgemeines

Der Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform hat den Einzelplan 03 in seinen Sitzungen am 26. September sowie am 14. und 28. November 2002 beraten.

B Anträge der Fraktionen

Die Anträge der Fraktionen sind aus der Anlage ersichtlich. Die Begründungen zu den jeweiligen Anträgen und die Einzelabstimmungsergebnisse sind ebenfalls in der Anlage aufgeführt.

C Gesamtabstimmung

Bei der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan 03 unter Einbeziehung der angenommenen Änderungsanträge mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP vom Ausschuss angenommen.

Klaus Stallmann
Vorsitzender

Anlage

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform
zum Haushaltsgesetz 2003**

Personalhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/1912

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1 (S. 1)	CDU	Kapitel 03 110 Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen Titel 422 02 042 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst Erhöhung des Ansatzes Ansatz lt. HH 2002 von 33.210.000 Euro um 3.000.000 Euro auf 36.210.000 Euro 24.183.100 Euro Die Zahl der beabsichtigten Neueinstellungen wird um 250 auf 1.340 erhöht.	abgelehnt SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein

Anlage zu Vorlage 13/1912

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1 (S. 2)		<u>Begründung:</u> Seit Mitte der 90-Jahre sind der Polizei immer mehr Aufgaben zugewiesen worden. Dieser Aufgabenzuwachs ging nicht einher mit dem notwendigen Stellenzuwachs. Im Gegenteil: Heute zählt die Polizei etwa 2000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte weniger als noch Mitte der 90-Jahre. Folge des personellen Defizits ist nicht nur eine Überlastung der Polizei, sondern auch ein immer unzureichend werdender Schutz der Bürgerinnen und Bürger, welcher immer häufiger von privaten Sicherheitsdiensten wahrgenommen wird. Auch die Aufklärungsquote der Polizei leidet. Bei steigender Kriminalität sank die Aufklärungsquote in Nordrhein-Westfalen auf nicht hinnehmbare 46 %.	

Anlage zu Vorlage 13/1912

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	CDU	Kapitel 03 110 Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen Titel 425 01 042 Vergütung der Angestellten Ansatz lt. HH 2002 Erhöhung des Ansatzes von 160.856.400 Euro um 10.000.000 Euro auf 170.856.400 Euro <u>Begründung:</u> Die Belastung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ist seit Jahren zu hoch. Die Studie „POLIS – Polizei im Spiegel“ hat die Folgen der Überlastung gerade im Hinblick auf die Großstädte belegt. Hinzu kommt, dass die als Daueraufgabe zu verstehende Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, zusätzliche Anstrengungen aller Polizeikräfte erforderlich macht. Zur Entlastung der Polizei sind verstärkt Angestellte in den Polizeidienst zu übernehmen, welche nicht nur im Objektschutz eingesetzt werden können, sondern auch im Innendienst, z.B. durch Übernahme von polizeifremden Aufgaben, einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung der Beamten leisten können.	abgelehnt SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	FDP	Kapitel 03 020 Allgemeine Bewilligungen Neue Titelgruppe 90 Verstärkung der Inneren Sicherheit Die Titelgruppe erhält folgenden Haushaltsvermerk: Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig. <u>Begründung:</u> Die Landesregierung hat die Notwendigkeit von Maßnahmen für die Innere Sicherheit erkannt, aber der Entwurf des Haushalts 2003 wird den bestehenden Notwendigkeiten nicht gerecht. Sammeltitel 425 01 Ansatz: 11 000 000 Euro <u>Haushaltsvermerk:</u> Es sind folgende Stellen zu schaffen: 1. 250 Angestellte bei der Polizei der Vergütungsgruppe BAT IV b 2. Aushilfsmittel zur Verstärkung des Ansatzes bei Kapitel 03 630 Titel 427 01 für sechs weitere Stellen im Bereich des Landesbeauftragten für den Datenschutz des Landes Nordrhein-Westfalen 300.000 EUR	abgelehnt SPD nein CDU Enthaltung FDP ja GRÜNE nein

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3 (S. 2)		<u>Begründung:</u> Die 250 Angestellten sollen Verwaltungsaufgaben für Polizistinnen und Polizisten übernehmen. Die Polizistinnen und Polizisten werden von ihren Verwaltungsaufgaben freigestellt und stehen sofort für originäre Polizeiaufgaben zur Verfügung. 250 Angestellte mehr als der Haushaltsentwurf vorsieht sind notwendig, um einen Schub für die originäre Polizeiarbeit zur Herstellung und zum Erhalt der Inneren Sicherheit herbeizuführen. Darüber hinaus ist es notwendig bei der Landesbeauftragten für Datenschutz 6 weitere Stellen zu schaffen, denn auch auf die Datenschutzbeauftragte des Landes Nordrhein – Westfalen kommen immer mehr Aufgaben zu. Titel 422 02 Die Zahl der Stellen für Beamte auf Widerruf der Besoldungsgruppe A 9 BBesO wird von 140 um 200 auf 340 erhöht. Die Zahl der beabsichtigten Einstellungen der Besoldungsgruppe A 9 wird von 60 um 200 auf 260 erhöht. <u>Begründung:</u> Bei der Polizei wird es im Jahr 2003 mindestens 200 Polizistinnen und Polizisten geben, die aus dem Polizeidienst aussteigen werden, um den Status quo aber halten zu können, müssen diese Abgänge ersetzt werden.	

Anlage zu Vorlage 13/1912

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3 (S. 3)		Titel 971 00 Globale Mehrausgabe für Maßnahmen zur Stärkung der Inneren Sicherheit neuer Ansatz 5.500.000 Euro <u>Haushaltsvermerk:</u> Von den eingestellten 5 500 000 stehen 500 000 EUR für den Anschub der polizeilichen Neuorganisation zur Verfügung <u>Begründung:</u> Seit über 5 Jahren steigt die Kriminalität und sinken die Aufklärungsquoten. Die Polizei muss deshalb besser aufgestellt werden. Der Prozeß für eine aufgabenorientierte Polizeireform bedarf des Anschubs in Form einer kritischen Bestandsaufnahme, der Beteiligungsverfahren und der notwendigen Umsetzungsschritte sowie der möglichen Schaffung von Pilotbehörden einschließlich der konkreter Zielbeschreibungen. Die Mittel dieses Titels sollen den notwendigen Freiraum schaffen, auf veränderte Sicherheitslagen reagieren zu können. Es sollen Mittel zur Verfügung stehen, um eine Studie in Auftrag geben zu können zur Organisation des Objektschutzes.	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3 (S. 4)		Darüber hinaus stehen die Mittel für Sachausstattungen und Bedarfsmittel zur Verfügung. Terrorismusbekämpfung darf keine Frage der „Spritkosten“ pp. sein, daher müssen ausreichende Mittel in allen Bereichen zur Verfügung stehen. Ohne Einsatz von modernen Computersystemen und Datenbanken wird Terrorismusbekämpfung und die Herstellung Innerer Sicherheit kaum möglich sein. Daher sollen die Mittel für den IT-Bereich verwendet werden. Hier ist dringender Handlungsbedarf. Es kann nicht sein, dass Polizisten beispielsweise ihre eigenen Computer für ihre Arbeit zur Verfügung stellen. Neben der Grundvoraussetzung intakter Strukturen und von genügend Personal ist für die Terrorismusbekämpfung Wissen von zentraler Bedeutung. Dies Wissen wird auf der einen Seite durch Experten z.B. beim Verfassungsschutz erlangt werden können. Konkretes Wissen über geplante Ereignisse wird aber nur schwer für den Verfassungsschutz zu erlangen sein. Daher sollen Mittel für die Auslobung von Geldern bereit gestellt werden, um konkrete Hinweise aus der Bevölkerung zu erlangen. Es müssen die Mittel für Zeugenschutzprogramme dann aber gleichzeitig auch verstärkt werden. Außerdem sollen die Mittel die Möglichkeit schaffen, ein Fortbildungsprogramm für Mitglieder von ausländischen Polizeien zu installieren (entweder zur Konfliktvermeidung im Vorfeld oder im Rahmen von UN-Missionen): Ein solches Programm soll auf der einen Seite der Vermittlung unserer Rechtsstaatsvorstellungen dienen und auf der anderen Seite zum Kennenlernen und Austausch von Denkweisen und Strukturen beitragen.	

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform
zum Haushaltsgesetz 2003**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/1912

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	CDU	Kapitel 03 010 Ministerium Titel 547 20 011 Ausgaben der Regierungskommission „Zukunft des Öffentlichen Dienstes – öffentlicher Dienst der Zukunft“ Ansatz lt. HH 2002 Reduzierung des Ansatzes von 55.000 Euro um 45.000 Euro auf 10.000 Euro Begründung: Die im Jahr 2001 eingesetzte Regierungskommission soll ihren Abschlussbericht Anfang des Jahres 2003 vorlegen. Daher sind keine Ausgaben erforderlich, die über den vorgeschlagenen Ansatz hinausgehen. Sollten tatsächlich Ausgaben vorgenommen werden, die über den vorgeschlagenen Ansatz hinausgehen, sind diese aus den Mitteln für Öffentlichkeitsarbeit zu finanzieren.	abgelehnt SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein

Anlage zu Vorlage 13/1912

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	CDU	Kapitel 03 010 Ministerium Titel 547 30 011 Maßnahmen des ressortübergreifenden Prozessmanagements Verwaltungsmmodernisierung Ansatz lt. HH 2002 Reduzierung des Ansatzes von 1.050.000 Euro um 1.050.000 Euro auf 0 Euro 1.124.800 Euro <u>Begründung:</u> Für eine Modernisierung der Verwaltung bedarf es keines ressortübergreifenden Prozessmanagements Verwaltungsmmodernisierung. Die notwendigen Sparzwänge im Landeshaushalt und die von der Landesregierung vorgeschlagenen Einschnitte in sozialen Bereichen rechtfertigen die mit diesem Titel verbundenen Ausgaben nicht, zumal diese für Veranstaltungen und Veröffentlichungen etatisiert worden sind.	abgelehnt SPD nein CDU ja FDP nein GRÜNE nein

Anlage zu Vorlage 13/1912

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	CDU	Kapitel 03 020 Allgemeine Bewilligung Titel 459 10 012 Förderung des behördlichen Vorschlagswesens in der Landesverwaltung Reduzierung des Ansatzes von 112.500 Euro um 112.500 Euro auf 0 Euro 112.500 Euro <u>Begründung:</u> Beamte der Landesverwaltung machen auch ohne finanzielle Anreize gute Verbesserungsvorschläge zur Förderung der Effizienz der Verwaltung.	abgelehnt SPD nein CDU ja FDP nein GRÜNE nein

Anlage zu Vorlage 13/1912

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	FDP	Kapitel 03 020 Titelgruppe 60 Neuer Titel 685 60 von um auf 0 Euro 10 000 000 Euro 10 000 000 Euro Euro <u>Begründung:</u> Die Mittel im Haushalt 2003 für den Katastrophenschutz sind nicht ausreichend ein- gestellt für den Fall, dass Nordrhein – Westfalen einer Katastrophe durch ein Natur- ereignis wie z.B. Hochwasser oder aber durch einen terroristischen Anschlag ausge- setzt sein sollte. Die jüngsten Drohungen zeigen, dass Deutschland und vor allem Nordrhein – West- falen als bevölkerungsreichstem Bundesland Opfer eines terroristischen Anschlags werden kann. Der Katastrophenschutz in Deutschland muss deshalb jederzeit funkti- onfähig sein.	abgelehnt SPD CDU FDP GRÜNE nein ja ja nein

Anlage zu Vorlage 13/1912

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4 (S. 2)		Dazu ist auch die Ausstattung mit modernen und leistungsfähigen Funkgeräten deutlich zu erhöhen und ein wirkungsvolles Frühwarnsystem zu schaffen, das in der Bevölkerung eingeübt werden muss. Es muss ferner ein Katastrophenschutz - Standard erreicht werden, der auf die verschiedensten Notfallszenarien vorbereitet ist und dabei auch Impfstoffe und Gegenmittel flächendeckend im notwendigen Umfang vorhält.	

Anlage zu Vorlage 13/1912

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	FDP	Kapitel 03 020 Allgemeine Bewilligungen Neue Titelgruppe 90 Verstärkung der Inneren Sicherheit Die Titelgruppe erhält folgenden Haushaltsvermerk: Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig. Begründung: Die Landesregierung hat die Notwendigkeit von Maßnahmen für die Innere Sicherheit erkannt, aber der Entwurf des Haushalts 2003 wird den bestehenden Notwendigkeiten nicht gerecht. Sammeltitel 425 01 Ansatz: 11 000 000 Euro	abgelehnt SPD CDU FDP GRÜNE nein Enthaltung ja nein

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5 (S. 2)	FDP	<u>Haushaltsvermerk:</u> Es sind folgende Stellen zu schaffen: 1. 250 Angestellte bei der Polizei der Vergütungsgruppe BAT IV b 2. Aushilfsmittel zur Verstärkung des Ansatzes bei Kapitel 03 630 Titel 427 01 für sechs weitere Stellen im Bereich des Landesbeauftragten für den Datenschutz des Landes Nordrhein – Westfalen 300 000 EUR <u>Begründung:</u> Die 250 Angestellten sollen Verwaltungsaufgaben für Polizistinnen und Polizisten übernehmen. Die Polizistinnen und Polizisten werden von ihren Verwaltungsaufgaben freigestellt und stehen sofort für originäre Polizeiaufgaben zur Verfügung. 250 Angestellte mehr als der Haushaltsentwurf vorsieht sind notwendig, um einen Schub für die originäre Polizeiarbeit zur Herstellung und zum Erhalt der Inneren Sicherheit herbeizuführen. Darüber hinaus ist es notwendig bei der Landesbeauftragten für Datenschutz 6 weitere Stellen zu schaffen, denn auch auf die Datenschutzbeauftragte des Landes Nordrhein –Westfalen kommen immer mehr Aufgaben zu. Titel 422 02 Die Zahl der Stellen für Beamte auf Widerruf der Besoldungsgruppe A 9 BBesO wird von 140 um 200 auf 340 erhöht.	

Anlage zu Vorlage 13/1912

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5 (S. 3)	FDP	Die Zahl der beabsichtigten Einstellungen der Besoldungsgruppe A 9 wird von 60 um 200 auf 260 erhöht. <u>Begründung:</u> Bei der Polizei wird es im Jahr 2003 mindestens 200 Polizistinnen und Polizisten geben, die aus dem Polizeidienst aussteigen werden, um den Status quo aber halten zu können, müssen diese Abgänge ersetzt werden. Titel 971 00 Globale Mehrausgabe für Maßnahmen zur Stärkung der Inneren Sicherheit neuer Ansatz 5.500.000 Euro <u>Haushaltsvermerk:</u> Von den eingestellten 5 500 000 stehen 500 000 EUR für den Anschub der polizeilichen Neuorganisation zur Verfügung	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5 (S. 4)		<u>Begründung:</u> Seit über 5 Jahren steigt die Kriminalität und sinken die Aufklärungsquoten. Die Polizei muss deshalb besser aufgestellt werden. Der Prozeß für eine aufgabenorientierte Polizeireform bedarf des Anschubs in Form einer kritischen Bestandsaufnahme, der Beteiligungsverfahren und der notwendigen Umsetzungsschritte sowie der möglichen Schaffung von Pilotbehörden einschließlich der konkreter Zielbeschreibungen. Die Mittel dieses Titels sollen den notwendigen Freiraum schaffen, auf veränderte Sicherheitslagen reagieren zu können. Es sollen Mittel zur Verfügung stehen, um eine Studie in Auftrag geben zu können zur Organisation des Objektschutzes. Darüber hinaus stehen die Mittel für Sachausstattungen und Bedarfsmittel zur Verfügung. Terrorismusbekämpfung darf keine Frage der „Spritkosten“ pp. sein, daher müssen ausreichende Mittel in allen Bereichen zur Verfügung stehen. Ohne Einsatz von modernen Computersystemen und Datenbanken wird Terrorismusbekämpfung und die Herstellung Innerer Sicherheit kaum möglich sein. Daher sollen die Mittel für den IT-Bereich verwendet werden. Hier ist dringender Handlungsbedarf. Es kann nicht sein, dass Polizisten beispielsweise ihre eigenen Computer für ihre Arbeit zur Verfügung stellen.	

Anlage zu Vorlage 13/1912

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5 (S. 5)		Neben der Grundvoraussetzung intakter Strukturen und von genügend Personal ist für die Terrorismusbekämpfung Wissen von zentraler Bedeutung. Dies Wissen wird auf der einen Seite durch Experten z.B. beim Verfassungsschutz erlangt werden können. Konkretes Wissen über geplante Ereignisse wird aber nur schwer für den Verfassungsschutz zu erlangen sein. Daher sollen Mittel für die Auslobung von Geldern bereit gestellt werden, um konkrete Hinweise aus der Bevölkerung zu erlangen. Es müssen die Mittel für Zeugenschutzprogramme dann aber gleichzeitig auch verstärkt werden. Außerdem sollen die Mittel die Möglichkeit schaffen, ein Fortbildungsprogramm für Mitglieder von ausländischen Polizeien zu installieren (entweder zur Konfliktvermeidung im Vorfeld oder im Rahmen von UN-Missionen): Ein solches Programm soll auf der einen Seite der Vermittlung unserer Rechtsstaatsvorstellungen dienen und auf der anderen Seite zum Kennenlernen und Austausch von Denkweisen und Strukturen beitragen.	

Anlage zu Vorlage 13/1912

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	SPD/ GRÜNE	Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge Titel 684 10 (S. 52) Förderung der Flüchtlingsarbeit Erhöhung des Ansatzes von 0 Euro um 180.000 Euro auf 180.000 Euro Die Erläuterungen sind verbindlich. Erläuterungen: Die Mittel für die Förderung der Flüchtlingsarbeit werden wie folgt aufgeteilt: Flüchtlingsrat NRW e.V. 150.000 Euro Diakonisches Werk der evangelischen Kirche im Rheinland – Abschiebebeobachtung- 30 000 Euro Begründung: Damit auch in Zukunft die überaus sinnvolle Arbeit des Dachverbandes der Flüchtlingsinitiativen sowie die Beobachtung von Abschiebungen am Flughafen Düsseldorf fortgesetzt werden kann, ist eine Erhöhung des Ansatzes notwendig.	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja FDP ja GRÜNE ja

Anlage zu Vorlage 13/1912

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	FDP	Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge Titel 684 10 Förderung der Flüchtlingsarbeit Erhöhung des Ansatzes von 0 Euro um 332.000 Euro auf 332.000 Euro Begründung: Für die Gemeinden, die ZAB betreiben, ist das Vorhalten eines Haushaltstitels notwendig.	abgelehnt SPD CDU FDP GRÜNE nein ja ja nein

Anlage zu Vorlage 13/1912

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	SPD/ GRÜNE FDP	Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge Titel 684 20 (S. 54) Soziale Betreuung und Beratung von Flüchtlingen Erhöhung des Ansatzes von 192.000 Euro um 2.026.000 Euro auf 2.218.000 Euro Begründung: Die soziale Betreuung und Beratung von Flüchtlingen „lebt“ vom ehrenamtlichen Engagement. Die Erhöhung ist notwendig, um die sinnvolle Projektarbeit nicht zu gefährden.	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja FDP ja GRÜNE ja

Anlage zu Vorlage 13/1912

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
9	SPD/ GRÜNE	Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge Titel 684 30 (S. 54) Soziale Betreuung in der Abschiebehafte Ansatz lt. HH 2002 512.800 Euro Erhöhung des Ansatzes von 0 Euro um 384.000 Euro auf 384.000 Euro Begründung: Die in den Abschiebeeinrichtungen des Landes ehrenamtlich tätigen Organisationen leisten eine unverzichtbare Betreuungsarbeit für die Abschiebehäftlinge. Die Festlegung auf 75 % des Ansatzes 2002 trägt den Haushaltsrestriktionen angemessenen Rechnung, ermöglicht aber auch weiterhin eine angemessene Betreuung.	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja FDP ja GRÜNE ja

Anlage zu Vorlage 13/1912

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)		Abstimmungsergebnis
10	FDP	Kapitel 03 030 Titel 684 30	Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge Soziale Betreuung in der Abschiebehaft Ansatz lt. HH 2002 332.000 Euro Erhöhung des Ansatzes von 0 Euro um 512.800 Euro auf 512.800 Euro Begründung: Die soziale Betreuung hat dafür gesorgt, dass die Zustände in der Abschiebehaft sich wesentlich verbessert haben. Sie muss sowohl aus humanitären als auch aus Sicherheitserwägungen fortgesetzt werden.	abgelehnt SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein

Anlage zu Vorlage 13/1912

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
11	CDU	Kapitel 03 110 Titelgruppe 60 Titel 812 60 042 Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen Informations- und Kommunikationstechnik Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen Ansatz lt. HH 2002 Erhöhung des Ansatzes von 42.200.000 Euro um 6.000.000 Euro auf 48.200.000 Euro <u>Begründung:</u> Die für den Digitalfunk bereitgestellten Mittel von 2 Mio. Euro, die lediglich für das Modellprojekt in Aachen verwendet werden sollen, reichen angesichts der zu erwartenden Kosten in Höhe von 3 Mrd. Euro für das Land Nordrhein-Westfalen nicht aus, um tatsächlich den Digitalfunk im Jahre 2006 einzuführen. Will man verhindern, dass die Polizei auch in Zukunft mit untauglichen Funkgeräten und privaten Handys Kriminalität bekämpft, müssen die Ausgaben für den Digitalfunk in einem ersten Schritt deutlich erhöht werden.	abgelehnt SPD nein CDU ja FDP ja GRÜNE nein

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
12	SPD/ GRÜNE	Kapitel 03 710 Feuerschutz und Hilfeleistung Titel 633 00 (S. 292) Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände Ansatz lt. HH 2002 2.370.000 Euro Erhöhung des Ansatzes von 2.370.000 Euro um 100.000 Euro auf 2.470.000 Euro Änderung der Erläuterungen: Die Erläuterungen werden um folgenden Satz erweitert: "Ein Betrag in Höhe von 100.000 Euro ist für zweckgebundene Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Überwindung außergewöhnlicher Belastungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden vorgesehen." Begründung: Zur Überwindung außergewöhnlicher Belastungen, die den Gemeinden und Gemeindeverbänden infolge von Amtshilfen bei Hilfeleistungsmaßnahmen des Landes entstehen, soll ein besonderer Fonds eingerichtet werden, der die Bereitschaft der Gemeinden zur spontanen Hilfeleistung fördert. Der einzurichtende Fonds soll als Aufgabatbestand dienen und eine schnelle und unbürokratische Hilfeleistung ermöglichen.	angenommen SPD ja CDU ja FDP ja GRÜNE ja

Anlage zu Vorlage 13/1912

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
13	SPD/ GRÜNE	Kapitel 03 710 Feuerschutz und Hilfeleistung Titel 883 00 (S. 294) Landeszuschüsse an Gemeinden (GV) zur Förderung des Feuerschutzes und der Hilfeleistung Ansatz lt. HH 2002 38.463.200 Euro Absenkung des Ansatzes von 39.368.200 Euro um 100.000 Euro auf 39.268.200 Euro Begründung: Folgeänderung zum Antrag	angenommen SPD ja CDU Enthaltung FDP ja GRÜNE ja

Anlage zu Vorlage 13/1912

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
14	SPD/ GRÜNE	Kapitel 03 810 Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen Titel 23 100 (S. 314) Erstattung von Entschädigungsleistungen durch den Bund Ansatz lt. HH 2002 58.119.700 Euro Reduzierung des Ansatzes von 54.800.000 Euro um 2.000.000 Euro auf 52.800.000 Euro Begründung: Folgeänderung zum Antrag	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja FDP ja GRÜNE ja

Anlage zu Vorlage 13/1912

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
15	SPD/ GRÜNE	Kapitel 03 810 Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen Titel 68 118 (S. 315) Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz an Empfänger im Ausland Ansatz lt. HH 2002 116.500.000 Euro Reduzierung des Ansatzes von 113.245.000 Euro um 4.000.000 Euro auf 109.245.000 Euro Begründung: Beitrag zur Deckung von Mehrausgaben. Die gesunkene Zahl der Empfänger macht diese Reduzierung möglich. Da zu diesem Titel Bundeszuschüsse fließen, wird der Einnahmetitel 23 100 um 2.000.000 Euro abgesenkt.	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja FDP ja GRÜNE ja

Finanzministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage an den Haushalts- und
Finanzausschuss des Landtags
Anlage zu den Vorlagen 13/1901
13/1912
13/1913
13/1914

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2003

Einzelplan 03: Innenministerium

Anlage: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Einzelplan 03: Innenministerium
Anlage: - Änderungen in den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
03 030	Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge			
684 10 neu:	Förderung der Flüchtlingsarbeit Erläuterungen: Die Mittel für die Förderung der Flüchtlingsarbeit werden wie folgt verteilt: Flüchtlingsrat NRW e. V. 150.000 Euro Diakonisches Werk der evangelischen Kirche im Rheinland -Abschiebebeobachtung- 30.000 Euro	-	+ 180.000	180.000
684 20	Soziale Betreuung und Beratung von Flüchtlingen	192.000	+ 2.026.000	2.218.000
684 30	Soziale Betreuung in der Abschiebehaft	-	+ 384.000	384.000
03 610	Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik			
121 10	<u>Ablieferungen des Landesbetriebs Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW</u>	-	+ 944.700	944.700
03 640	Landesvermessungsamt			
121 10	<u>Ablieferungen des Landesbetriebs Landesvermessungsamt NRW</u>	-	+ 981.900	981.900

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
03 710	Feuerschutz und Hilfeleistung			
633 00	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden Die Erläuterung werden um folgenden Satz erweitert: <u>Ein Betrag in Höhe von 100.000 Euro ist für zweckgebundene Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Überwindung außergewöhnlicher Belastungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden vorgesehen.</u>	2.370.000	+ 100.000	2.470.000
883 00	Landeszuschüsse an Gemeinden (GV) zur Förderung des Feuerschutzes und der Hilfeleistung	39.157.200	- 100.000	39.057.200
03 810	Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen			
231 00	Erstattung von Entschädigungslasten durch den Bund	54.800.000	- 2.000.000	52.800.000
681 18	Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz an Empfänger im Ausland	113.245.000	- 4.000.000	109.245.000
	Abschluss Einzelplan 03: Einnahmen Ausgaben Verpflichtungsermächtigungen	187.353.400 3.804.773.400 319.069.900	- 73.400 - 1.410.000 -	187.280.000 3.803.363.400 319.069.900